

Hauptausgabe

Berner Zeitung AG

3001 Bern

031/ 330 33 33

www.bernerzeitung.ch

Medienart: Print

Medientyp: Tages- und Wochenpresse

Auflage: 43'723

Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 272.003

Abo-Nr.: 272003

Seite: 16

Fläche: 34'917 mm<sup>2</sup>

## Wirtschaftsverbände bleiben in Deckung

Philipp Hufschmid

**In der Debatte um die Durchsetzungsinitiative halten sich die grossen Wirtschaftsverbände zurück. Anders als Economiesuisse haben Gewerbe- und Arbeitgeberverband nicht einmal eine Parole gefasst.**

Ein Wirtschaftskomitee hat gestern vor negativen Folgen für die Wirtschaft gewarnt, sollte die Durchsetzungsinitiative am 28. Februar angenommen werden. Zur Medienkonferenz geladen hatte aber nicht etwa einer der grossen Wirtschaftsverbände, sondern die Bewegung Succèsuisse, die sich die «Stärkung des Erfolgsmodells Schweiz» zum Ziel gesetzt hat.

Mit Economiesuisse-Direktorin Monika Rühl, Swissmem-Präsident Hans Hess, FDP-Nationalrat Ruedi Noser und Martin Naville von der schweizerisch-amerikanischen Handelskammer plädierten prominente Exponenten der Wirtschaft für ein Nein zur Durchsetzungsinitiative (siehe Kasten). Das zeigt, dass sich wirtschaftsnahe Kreise inzwischen stärker engagieren. Noch Anfang Dezember deutete nichts darauf hin.

Dennoch: Die Wirtschaft ist nicht so geschlossen gegen die SVP-Vorlage, wie das die Referenten gestern in Zürich glauben machen wollten. So haben mit dem Gewerbeverband und dem Arbeitgeberverband gleich zwei grosse Wirtschaftsverbände keine Parole beschlossen.

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse hat sich zwar

gegen die Durchsetzungsinitiative ausgesprochen. Das Engagement hält sich aber in Grenzen. Statt die Medienkonferenz selber durchzuführen, überlässt man dies Succèsuisse. Und Geld für die Abstimmungskampagne hat der Verband nach eigenen Angaben nicht zur Verfügung.

Economiesuisse habe die Tragweite der Initiative keineswegs unterschätzt, sagte Direktorin Rühl gestern in Zürich. Man habe schon früh die klare Nein-Parole gefasst. Doch angesichts von rund 30 wirtschaftsfeindlichen Vorlagen, die in absehbarer Zeit auf den Tisch kämen, müsse man beim Einsatz der Gelder Prioritäten setzen. Stattdessen werde man auf allen Kommunikationskanälen für ein Nein werben. Das eigene Positionspapier gegen die Vorlage sei bewusst erst Mitte Januar veröffentlicht worden, weil die Abstimmungsdebatte erst jetzt richtig in Fahrt komme.

### Fürs Gewerbe wenig relevant

Anders tönt es beim Schweizerischen Gewerbeverband (SGV). Die Durchsetzungsinitiative habe für die KMU-Wirtschaft zu wenig direkte Relevanz, erklärt Bernhard Salzmann vom SGV. Der Vorstand habe deshalb den Antrag gestellt, keine Parole zu fassen. Die Gewerbebekammer habe sich einstimmig dafür ausgesprochen. Das ist deshalb interessant, weil in der Gewerbebekammer auch Parlamentarier aus allen bürgerlichen Parteien vertreten sind. Bis auf die SVP lehnen diese Parteien die Initiative alle ab.

Obwohl der SGV keine Parole beschloss, setzt sich die Verbandsspitze für ein Ja ein. Im Fall von Präsident und SVP-Nationalrat Jean-François Rime erstaunt das nicht. SGV-Direktor Hans-Ulrich Bigler dagegen sitzt für die FDP im Nationalrat.

### Kein «Fokusthema»

Beim Schweizerischen Arbeitgeberverband (SAV) haben laut Sprecher Fredy Greuter andere Faktoren dazu geführt, dass keine Parole beschlossen wurde: Im Jahr 2010 sei der Ausschaffungsinitiative ein Gegenvorschlag gegenübergestellt worden, der sich auch zu Fragen der Integration auf dem Arbeitsmarkt geäussert habe. Weil der SAV damals den Gegenvorschlag unterstützte, habe er auch zur Initiative Stellung nehmen müssen. Die Durchsetzungsinitiative knüpfe zwar an die Ausschaffungsinitiative an, doch werde die Integration auf dem Arbeitsmarkt gänzlich ausgeklammert. Die Initiative sei deshalb «inhaltlich ausserhalb der Fokusthemen» des SAV.

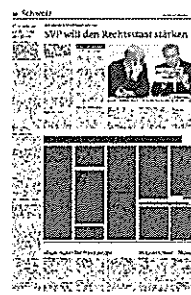
Die aussenpolitische Dimension und die generellen Folgen für den Wirtschaftsstandort Schweiz wiederum würden im Rahmen der Arbeitsteilung der Dachverbände der Wirtschaft von Economiesuisse und nicht vom SAV beurteilt. «Vor diesem Hintergrund hat der SAV auf eine Parolenfassung verzichtet. Das ist aber nicht mit einer Stimmfreigabe gleichzusetzen», lautet das einigermassen verwirrende Fazit des SAV.

# BZ BERNER ZEITUNG

Hauptausgabe

Berner Zeitung AG  
 3001 Bern  
 031/ 330 33 33  
 www.bernerzeitung.ch

Medienart: Print  
 Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
 Auflage: 43'723  
 Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 272.003  
 Abo-Nr.: 272003  
 Seite: 16  
 Fläche: 34'917 mm²

## WIRTSCHAFTSKOMITEE WARNT VOR INITIATIVE

Für das Wirtschaftskomitee Succèsuisse ist die Durchsetzungsinitiative der SVP «unverhältnismässig und gefährlich». Eine Annahme am 28. Februar würde der Schweiz als Wirtschaftsstandort «erheblich schaden». Die Schweiz könne es sich nicht leisten, ihre Zukunft mit einer Vorlage, die derart «unmenschlich, unschweizerisch und ausserdem unnötig» sei, aufs Spiel zu setzen, sagte Economics-Direktorin Monika Rühl

gestern vor den Medien in Zürich. Als logische Konsequenz bezeichnete auch Hans Hess, Präsident des Verbands der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (Swissmem), das Engagement seines Verbandes gegen die Durchsetzungsinitiative. Swissmem setze sich seit je für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort, einen funktionierenden Rechtsstaat sowie für die Fortsetzung des bilateralen Weges mit der EU ein. sda



Michèle Malthys  
Lastwagenfahrerin

**«Im engen Gotthard-Strassentunnel mit Gegenverkehr und ohne Pannestreifen kommt es oft zu brenzlichen Situationen. Darum sage ich Ja zur Sanierung mit einer zweiten Röhre.»**

gotthard tunnel **ja**  
sicher

gotthard-tunnel-ja.ch

Lebensqualität, Sicherheit und Wohlstand für alle. Seit 2007 Bern.